

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**10
81**

Union in Deutschland

Bonn, den 26. März 1981

Signal für Berlin

Die CDU hat mit Walter Wallmann in Frankfurt einen großartigen Wahlerfolg errungen und ihren Erdrutschsieg in der Kommunalwahl von 1977 in ganz Hessen stabilisiert, stellt Helmut Kohl fest. Wenn in der einstigen sozialdemokratischen Hochburg Frankfurt die CDU heute mit 20 Prozent Wählerstimmen vor der SPD führt, dann ist das ein eindrucks-voller Vertrauensbeweis für die Stadtpolitik der CDU und ihres Spitzenkandidaten, der weit über Frankfurt hinausreicht.

Die CDU wird diese Politik auf allen Ebenen fortführen. Dies wird am 10. Mai auch in Berlin zum Erfolg für die CDU führen.

Unsere Bürger erwarten von den Politikern klare Entscheidungen, tatkräftiges Handeln und überzeugende Begründungen. Sie wollen weder überrumpelt werden, noch hilflosem Taktieren und ständigem Hinausschieben überfälliger Maßnahmen ausgeliefert sein.

Genau das aber tut die SPD, ob in Hessen, in Berlin oder in Bonn. Die örtlichen Erfolge der Grünen beweisen es. Die SPD und ihr Kanzler Schmidt verlieren das Vertrauen der Bürger, weil sie die Probleme der Energieversorgung, der Arbeitsplatzsicherung, des Umweltschutzes, der inneren wie der äußeren Sicherheit vor sich herschieben und dabei sind, die Zukunft unseres Landes zu verspielen.

BUNDESTAG

Rechtsdebatte: SPD und FDP müssen Gefährdung des Rechtsstaates verantworten Seite 3

MONTAN- MITBESTIMMUNG

Unionsantrag will den sozialen Frieden sichern Seite 5

FRAU UND GESELLSCHAFT

Statt Geschlechterkampf die Partnerschaft verwirklichen Seite 7

KOALITION

Neue Attacke gegen NATO-Doppelbeschuß Seite 9

KOMMUNALWAHL HESSEN

Ergebnisse — Analyse: Die CDU ist als stärkste Kraft fest im Vertrauen des Bürgers verankert Seite 10

CDU BERLIN

Die Berliner wollen den politischen Wechsel Seite 13

AKTIONS- VORSCHLAG

Steuererhöhungen: SPD und FDP bitten zur Kasse! Seite 15

DOKUMENTATION

Negative Leistungsbilanz grüner Teil

■ INFORMATION

CDU liegt in Berlin weit vorn

Nach einer Meinungsumfrage des sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung würden zur Zeit 49 Prozent der Wähler ihre Stimme bei den Berliner Wahlen am 10. Mai der CDU geben. Für die SPD würden danach 33 Prozent stimmen, für die FDP sieben und für die Alternative Liste zehn Prozent.

Die Briefwahl wird nicht abgeschafft

Die Abschaffung der Briefwahl steht in Nordrhein-Westfalen nicht zur Diskussion. Auf eine entsprechende Anfrage des CDU-Abgeordneten Klaus Evertz betonte Innenminister Herbert Schnoor, es gebe zur Zeit keine Patentrezepte gegen Mißbräuche oder den Verdacht des Mißbrauchs bei der Briefwahl. Bund und Länder beschäftigten sich augenblicklich mit einer Vielzahl von Einzellösungen, um das Problem in den Griff zu bekommen. Eine Gebühr für die Briefwahl lehnte Minister Schnoor nachdrücklich ab.

ARD und ZDF mißachten Thema „Frau und Gesellschaft“

Die parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Dorothee Wilms, hat folgenden offenen Brief an den Vorsitzenden der ARD und den Intendanten des ZDF gerichtet: „Heute hat der Deutsche Bundestag den Bericht der Enquete-Kommission ‚Frau und Gesellschaft‘ debattiert. Zu meiner größten Überraschung — dies haben Nachfragen bei den

Rundfunkanstalten ergeben — haben weder Hörfunk noch Fernsehen es für notwendig empfunden, durch Direktübertragungen eine größere Öffentlichkeit für dieses so wichtige gesellschaftspolitische Thema, von dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung betroffen ist, herzustellen. Damit hat sich einmal mehr der Vorwurf, den auch die Enquete-Kommission selbst erhoben hat, politisch relevante frauenspezifische Themen würden von den Funkmedien vernachlässigt, auf drastische Art bestätigt.

Ich drücke Ihnen meine große Bestürzung aus über dieses medienpolitisch unverständliche Verhalten und darf in diesem Zusammenhang an die Verantwortung gerade der auf das Grundgesetz verpflichteten öffentlich-rechtlichen Anstalten erinnern, auch ihren Beitrag zur Durchsetzung der verfassungsrechtlich geforderten Gleichberechtigung der Frau zu leisten. Eine wichtige Chance hierzu wurde von den Medien heute vertan.“

Schmude und Baum sollen Polizei-Uniform anziehen

Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum (FDP) und Bundesjustizminister Jürgen Schmude (SPD) sind vom Bundesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB), Benedikt Gregg, aufgefordert worden, in Polizeiuniform an einem Polizeieinsatz bei gewalttätigen Demonstrationen teilzunehmen. Ein PDB-Sprecher erklärte in Leonberg, hierbei werden Baum und Schmude die „einmalige Chance“ haben, die Unzulänglichkeiten des derzeitigen Versammlungs- und Demonstrationsrechts wie auch die Mängel der polizeilichen Ausrüstung am eigenen Leib zu erfahren.

■ RECHTSDEBATTE

SPD und FDP müssen Gefährdung des Rechtsstaates verantworten

Die Mehrheit unseres Volkes sieht den Rechtsstaat in Gefahr, weil er sich gegenüber einzelnen Gruppen nicht mehr verteidigen kann oder mag. Die Durchsetzung des Rechts besteht nicht nur darin, daß Schutz vor Staatswillkür gewährt wird, sondern daß der Freiheitsraum für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und der Demokratie gegenüber jedem geschützt wird, der diesen Freiheitsraum zu seinen Gunsten zu mißbrauchen sucht.

Das erklärte der Unionsabgeordnete Fritz Wittmann (München) in der Rechtsdebatte im Deutschen Bundestag. Bei der Mehrheit unserer Bevölkerung muß jedoch der Eindruck entstehen, daß der Rechtsstaat sich nicht einmal selbst verteidigen kann, wenn z. B. bei den gewaltsmäßen Ausschreitungen in Brokdorf das ureigenste menschliche Notwehrrecht für Polizeibeamte außer Kraft gesetzt zu sein schien. In einem Rechtsstaat darf und muß der Grundsatz gelten, daß die Vermutung für das rechtmäßige Handeln der öffentlichen Organe gilt. Nicht umgekehrt.

In den vergangenen Wochen war im Zusammenhang mit Hausbesetzungen in Berlin und anderswo die Rede von „freien Räumen“. Höchste Rechtsgüter — wie das der körperlichen Unversehrtheit oder des Eigentums — wurden der

Bequemlichkeit geopfert. Hier wurde ein Stück Anarchie geduldet.

Unter dem Druck einer Minderheit hat man den Anfängen nicht gewehrt.

Der Grundsatz der „Verhältnismäßigkeit“ hat im Bereich der Rechtsgewährung nichts zu suchen. Er ist bei der Gefahrenabwehr und beim Einsatz der Mittel zu berücksichtigen; im Strafprozeß liegt seine Bedeutung im Ausmaß des öffentlichen Interesses im Verhältnis zur Schwere der Tat, Schuld des Täters und der zu erwartenden Strafe.

Gerade die Rechtspolitik muß sich davor hüten, selbst Ansprüche zu wecken und die Illusion zu vermitteln, mit der Schaffung einer Rechtsnorm könne auch der Anspruch verwirklicht werden. Unser geltendes Miet- und Baurecht — das zeigt sich jetzt — hat bei vielen Illusion geweckt, damit werde ausreichend Wohnraum geschaffen. Die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf 18 Jahre — und daran haben wir alle mitgewirkt — hat bei vielen jungen Menschen die Erwartung ausgelöst, mit der Freiheit von elterlicher Fürsorge auch gleichzeitig alle Ansprüche eines selbständigen Lebens erfüllt zu erhalten, einschließlich einer eigenen Wohnung.

In der gleichen Debatte stellt MdB Benno Erhard fest: Statt den Worte-Inhalt des Grundgesetzes sorgsam zu pflegen, erleben wir immer wieder die konkreti-

sierte Absicht, die Belastbarkeit der Verfassung zu prüfen und ihre Inhalte umzuinterpretieren. Das jüngste Beispiel wird geliefert im Radikalenproblem. Wir alle erleben doch die Folgen des Verzichts des Staates auf klare Entscheidungen.

Klare Entscheidungen treffen

Nach unseren Vorstellungen muß die Rechtspolitik vor allem neue Konflikte in der pluralistischen Gesellschaft aufgreifen und Entscheidungen in eindeutig rechtlicher Fassung treffen.

Die Gesetze müssen gerecht, anwendbar, notwendig und klar sein. Die Regelungen müssen unter dem Leitgedanken erfolgen, das Notwendigste und das Wichtigste zuerst und dann vielleicht auch das Wünschbare. Wir sind der Auffassung, daß in sehr vielen Fällen umgekehrt verfahren wurde. Wichtige Entscheidungen wurden nicht getroffen oder nur halbherzig angegangen.

Die Koalition hat der Konfliktlösung die Konfliktverschiebung vorgezogen und dabei eine Verzerrung des grundgesetzlich garantierten Prinzips der Gewaltenteilung ebenso in Kauf genommen wie eine Verminderung des effektiven Rechtsschutzes. Die Gerichte sind überlastet und überfordert; die Prozesse dauern zu lang, und die Justiz muß entscheiden, wo der Gesetzgeber gekniffen hat.

Zum Schluß griff auch Helmut Kohl in die Debatte ein und wandte sich direkt an den Bundeskanzler: Ich hätte mir gewünscht, daß Sie als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, aber auch als der stellvertretende Vorsitzende der SPD Deutschlands, zu einem von dem, was von Ihren politischen Freunden hier vorgetragen wurde, Position

bezogen hätten. Es war ja wohl kein Zufall, daß Sie über weitere Passagen Ihrer Rede den Beifall der Mitte des Hauses, aber keineswegs den Beifall Ihrer eigenen Fraktion gefunden haben. Sehen Sie, Herr Bundeskanzler, es ist zunehmend das Problem Ihrer Politik, daß Sie bei den Ihnen geeignet erscheinenden Gelegenheiten Positionen vertreten, die wir ganz und gar unterstützen können, daß aber die politischen Taten nicht folgen.

Ich kann nur sagen: Wenn wir heute über die Rechtspolitik sprechen und hier ganz uneingeschränkt von jeder Seite deutlich gemacht wird, daß der Rechtsfrieden der Bundesrepublik Deutschland gefährdet ist, daß das Rechtsbewußtsein in bestimmten Teilen unserer Bürgerschaft brüchig geworden ist, dann ist das doch das Ergebnis Ihrer Politik in diesem letzten Jahrzehnt, Herr Bundeskanzler.

Unter dem Druck der Straße

Es ist das Ergebnis Ihrer Politik, wenn es bei uns so weit gekommen ist, daß das öffentliche Gelöbnis der Soldaten der Bundeswehr nur noch unter bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen möglich war und daß Bundesverteidigungsminister Apel jetzt vor dem Druck der Straße zurückgewichen ist und die Gelöbnisse abgesagt hat.

Es ist doch das Signum Ihrer Regierungszeit, daß in der Tat in vielen deutschen Städten und Landschaften viele Gebäude und Häuser widerrechtlich besetzt wurden, und es ist doch in Ihrer Amtszeit passiert, Herr Bundeskanzler, daß sich weit über 50 000 Demonstranten nach wochenlanger Aufforderung zu bürgerkriegsähnlichem Verhalten in Brokdorf versammelt haben.

■ MONTANMITBESTIMMUNG

Unionsantrag will den sozialen Frieden sichern

Der Antrag der Union in der Frage der Montanmitbestimmung schafft Klarheit. Während die CDU/CSU eindeutig weiß, was sie will, reden die Koalitionsparteien mit verschiedenen Zungen; so betrachtet die FDP den Regierungsentwurf als Auslaufgesetz, die SPD dagegen als Anlaufgesetz, stellte Norbert Blüm im Deutschen Bundestag fest.

Der Unionsantrag ist ein Beitrag, den sozialen Frieden zu sichern. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung ist der Mitbestimmung im Montangeltungsbereich nur eine Gnadenfrist gegeben. Die nächste Mitbestimmungsdiskussionen sind bei der Annahme des Regierungsentwurfs bereits terminiert.

Die CDU/CSU hat mit ihrem Antrag ein Wahlversprechen eingelöst. Die Union redet nach dem 5. Oktober so, wie sie vor dem 5. Oktober geredet hat.

Walther Leisler Kiep betonte, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU im Falle eines Wahlsieges einen Gesetzentwurf mit demselben Inhalt in die parlamentarische Beratung eingebracht hätte. Der jetzt dem Bundestag vorgelegte Antrag entspreche der Situation einer Oppositionsfaktion.

Auf den DGB eingehend erklärte Norbert Blüm wörtlich: Ich sehe in unserem Antrag auch eine große Chance für die Gewerkschaften, an diesem Beispiel parteipolitische Unabhängigkeit zu be-

weisen. Es kommt nun darauf an, daß die Bewertung unseres Vorschlages vor dem 5. Oktober — beispielsweise durch die IG Metall — auch nach dem 5. Oktober aufrecht erhalten wird. Und wenn die Gewerkschaften ihre Glaubwürdigkeit erhalten wollen, werden sie alle Parteien mit der gleichen Elle messen, und ich glaube, es ist nicht strittig, daß unser Antrag dem, was die Gewerkschaften wollen, näher steht, als das, was die Bundesregierung vorgelegt hat.

Wir verbinden unseren Antrag mit der Einladung zu einem breiten sozialen Konsens. Es gibt Dinge, die man nicht den Kampfabstimmungen überlassen soll. Dazu gehören die Grundbedingungen des sozialen Friedens, und deshalb sind wir an einer breiten Übereinstimmung in dieser Frage interessiert.

Jetzt geht es um die Sicherung der Montanmitbestimmung. Sie gehört zur Grundausrüstung unserer Republik, sie ist einmalig in unserer Nation. Weder gab es sie vor 1945 noch kann es sie in der DDR geben. Ihre Bedeutung geht über den Bereich hinaus, den sie gesetzlich regelt. Sie ist das Symbol des großen partnerschaftlichen Kompromisses, von dem der Aufstieg aus den Trümmern und der Aufbau unseres Staates getragen wurde. Sie ist nicht das Produkt ideologischer Spekulation, sondern die pragmatische Einsicht in die Notwendigkeit des Überlebens.

■ MONTANMITBESTIMMUNG

Offener Brief an Eugen Loderer

Die CDU-Abgeordneten Helmut Link, Paul Löher, Franz Josef Conrad, Otto Zink, Norbert Blüm und das Mitglied des Europäischen Parlaments Kurt Wawrzik haben nachstehenden offenen Brief an den Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, zur Frage der Montanmitbestimmung gerichtet:

Lieber Kollege Loderer, mit großem Erstaunen und voller Verwunderung haben wir als IG-Metall-Kollegen Deine negative „Stellungnahme“ im Presse-Dienst der IG Metall zum Fraktionsbeschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bezüglich der Sicherung der Montanmitbestimmung zur Kenntnis genommen.

Dazu stellen wir fest: Du hast zum gleichen Thema mit exakt dem gleichen Inhalt den Vorschlag des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß und der CDU/CSU am 22. August 1980 öffentlich ausdrücklich begrüßt, ihn am 23. August 1980 als „genau in unser Konzept passend“ bezeichnet, einen Monat später als „ein wichtiges Wort“ gewertet und hinzugefügt: „Wir haben das mit Genugtuung registriert“. Auch mit Deiner Erklärung vom 25. August 1980 „Ich muß ehrlich sein, ich habe mit dieser klaren Formulierung nicht gerechnet“, stehst Du im Wort.

Jeder unbefangene Beobachter muß vor diesem Hintergrund dieser Stellungnahme bei nüchterner Würdigung Deiner Erklärung im IG-Metall-Pressedienst vom 18. März 1981 zu dem

Schluß kommen, daß Du in der Sache umgefallen bist und nicht zu Deinem Wort stehst. Offenbar ist Dir ein Herumräkeln an der CDU/CSU wichtiger als die im vergangenen Jahr erreichte Gemeinsamkeit in der Sache. Dies ist Deiner unwürdig.

Von einem Vorsitzenden einer großen Gewerkschaft müßte man eigentlich mehr als Parteiräson erwarten können. Darüber hinaus bleibt folgendes festzuhalten:

1. Die CDU/CSU hat vor der Wahl nichts anderes gesagt als nach der Wahl und hat mit ihrem Antrag zur Montanmitbestimmung ihr vor der Wahl gegebenes Wort eingelöst. Wir weisen Deine herabsetzenden Äußerungen entschieden zurück.

2. Mit Deinem Umfallen in der Wertung ein und desselben Sachverhaltes beweist Du, daß die Montanmitbestimmung von Dir — aus durchsichtigen Gründen — als politisches Spielmaterial zum öffentlichen Herabsetzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mißbraucht wurde.

3. Wir fragen Dich, welchen Sinn es noch hat, Gespräche miteinander zu führen, Einigkeit in der Sache zu erzielen, wenn der Gesprächspartner später alles über Bord wirft? Wer heute verbrennt, was er gestern noch in Übereinstimmung mit anderen für richtig hielt, fördert nicht das Vertrauensverhältnis untereinander, sondern schadet seiner Glaubwürdigkeit. Du hast durch Dein Umfallen dem Verhältnis Gewerkschaf-ten—Parlamentarier schwer geschadet.

■ FRAU UND GESELLSCHAFT

Statt Geschlechterkampf die Partnerschaft verwirklichen

Die Enquête-Kommission „Frau und Gesellschaft“ hat ihre Arbeit beendet. Die eigentliche Arbeit beginnt aber erst. Über 100 Forderungen, Vorschläge und Anregungen sind aufzuarbeiten, um- und durchzusetzen. Die Kommission war so gut, wie es nun gelingt, ihre Vorstellungen Wirklichkeit werden zu lassen. Zu dieser Aufgabe, die uns alle angeht, sind einige Grundthesen aufzuzeigen, erklärte MdB Johannes Gerstner in der Bundestagsdebatte.

Wer die Gleichberechtigung der Frauen will, muß für die Gleichberechtigung von Frau und Mann, also jedweder Person eintreten. Denn das Recht des einen, kann das Recht des anderen mindern. Die Gleichberechtigung ist kein Tummelplatz für Klassenkampfgefühle. Nicht das Gegeneinander der Geschlechter, sondern die gleichberechtigte Partnerschaft in Familie, Erwerbsleben und in der Gesellschaft ist umfassend anzustreben.

Helga Wex stellte in der Debatte u. a. fest: Wir sind uns bewußt, daß wir mit den Mitteln der Gesetzgebung allein diese Partnerschaft nicht erreichen werden; wir brauchen die Mitwirkung aller unserer Bürger, wir brauchen vor allem die Mitwirkung der jungen Menschen, die diese Partnerschaft leben und verwirklichen sollen.

Der Bericht spiegelt die vielfältige Diskussion wider, die das Thema „Gleichberechtigung und Emanzipation“ im vergangenen Jahrzehnt durchgemacht hat. Es ist nicht verwunderlich, daß auch hier in Mehrheits- und Minderheits-Voten verschiedene Positionen zum Ausdruck kommen. Dies klärt die Situation und fördert die Diskussion, die an die verschiedenen Einschätzungen der Sachthemen geknüpft werden.

Wir haben die breite Bewegung für Emanzipation zu Beginn der 70er Jahre erlebt, in der die Meinung vorherrschte, die Frau könne sich vor allem im Beruf — oft nur unter erschwerten Bedingungen für die Familien, manchmal auf Kosten der Kinder — emanzipieren.

Wir hatten die Bewegung erlebt, die bei der Diskussion um den § 218 einen Umfang annahm, der mit den Studentenunruhen der 60er Jahre vergleichbar war.

Wir haben erlebt, daß die Gleichberechtigungspolitik vor allem als Sozialpolitik verstanden wurde, die nur mit viel Geld verwirklicht werden könnte.

Dies alles hat sich geändert. Zu Beginn der 70er Jahre, als die Enquête-Kommission beschlossen wurde, ging es um den Ausbau des sozialen Netzes, ging es um den Einsatz modernster Technologie für den wirtschaftlichen Fortschritt.

Die heutige Szene sieht anders aus. Heute geht es um die Sicherung des sozialen Netzes.

Heute geht es um die Auswirkung von Technisierung und Automation, auf die Situation des einzelnen Menschen in der Arbeitswelt, Familie und Freizeit; heute geht es darum, wie in naher und mittlerer Zukunft eine ausreichende Menge an Energie zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung gestellt werden kann; heute geht es um die Reduzierung der Bürokratie auf ein für den Bürger und die Wirtschaft sinnvolles Maß; ging es damals um die „große“, so geht es heute auch um die „kleine Welt“.

Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Roswitha Verhülsdonk, erklärte u. a.:

Worum es gegenwärtig in der Frauenpolitik geht, ist doch die Frage, ob es nicht einen dritten Weg für Frauen gibt,

der sie weder gänzlich von Haus und Familie noch vom Beruf trennt. Eine Antwort auf diese Frage ist für uns die Teilzeitarbeit. Noch sind mit dieser Beschäftigungsform viele Nachteile verbunden, wie geringere Aufstiegschancen, weniger qualifizierte Tätigkeiten, größere Probleme der Mobilität. Notwendig ist eine attraktive Gestaltung dieser Arbeitsplätze.

Viele Betriebe begegnen der Teilzeitarbeit heute noch mit erheblichen Vorbehalten, u. a. weil sie von einer Verschlechterung der Kostensituation ausgehen. Eine Untersuchung des Landes Rheinland-Pfalz über Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung in der Wirtschaft konnte dieses noch weitverbreitete Vorurteil widerlegen, da kürzere Arbeitszeiten die Effizienz der geleisteten Arbeit steigern. Zudem hat das Gutachten nachgewiesen, daß auch qualifizierte Arbeitsplätze teilbar sind, soweit Informationsverluste keine Rolle spielen.

Bundesparteitag (Nachtrag Beschlüsse / UiD 8/81 gelber Teil)

Durch Wachstum zur Vollbeschäftigung

Antragsteller: BV Mittelstandsvereinigung — **Annahme:** einstimmig

Die CDU stellt fest, daß es der SPD/FDP-Bundesregierung nicht gelungen ist, auch nur ein einziges der vier Ziele zu erreichen, die in § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft verbindlich festgestellt sind. Weder Vollbeschäftigung noch Wachstum, weder Preisstabilität noch außenwirtschaftliches Gleichgewicht sind auch nur annähernd erreicht. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind alle vier Ziele gleichzeitig und in erheblichem Umfang verletzt. Die CDU fordert daher den Gesetzgeber und die Bundesregierung mit Nachdruck auf, eine Kurskorrektur der Wirtschaftspolitik einzuleiten, die die Realisierung der Ziele wieder erlaubt, zu denen aufgrund des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet ist.

KOALITION

NATO-Doppelbeschluß in der SPD umstritten

Für schrille Begleitmusik zum USA-Besuch von Verteidigungsminister Apel hat am vergangenen Wochenende die baden-württembergische SPD gesorgt. In einem einstimmig angenommenen Antrag empfiehlt sie ein Moratorium in der Nachrüstung und verbindet dies mit massiver Kritik gegenüber der neuen amerikanischen Regierung.

Der Gipfel dieser schweren Brüskierung des amerikanischen Verbündeten und des deutschen Bundeskanzlers aber ist die Tatsache, daß mehrere Bonner Minister diesem Antrag zugesagt haben, erklärte MdB Manfred Wörner dazu. Die Doppelzüngigkeit und Schlitzohrigkeit der SPD-Politik ist einfach nicht mehr zu überbieten. Der eine Teil der Regierung (Bundesaßenminister und Bundesverteidigungsminister) legt in Washington Treueschwüre und Sympathiebekundungen ab. Der andere Teil betreibt zu Hause unverhüllten Amerikanismus. Der eine Teil der Regierung lehnt ein Moratorium ab, der andere befürwortet ihn.

Die ohnehin schwierige Verhandlungsposition Apels wird dadurch vollends unhaltbar. Er hat nicht nur leere Taschen, sondern vertritt auch noch eine in Sicherheitsfragen heillos gespaltene Regierung.

Jungdemokraten auf Anti-Genscher-Kurs

Die Jungdemokraten haben unmißverständlich klargemacht, daß der außen- und sicherheitspolitische Kurs des

FDP-Vorsitzenden, Hans-Dietrich Genscher, ihren Vorstellungen diametral zuwiderläuft. Der Vorsitzende der FDP-Junioren, Lutz, sprach sich in Bonn für eine Renaissance der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ aus und rief alle Linken im Lande auf, sich dieser Bewegung — deren Nahziel die Verhinderung des Brüsseler Nachrüstungsbeschlusses der NATO sein soll — aktiv anzuschließen.

Neuer Schildbürgerstreich Kloses

Bürgermeister Klose hat sich dafür ausgesprochen, mit Ost-Berlin über den Bau von Kernkraftwerken auf dem Gebiet der DDR, die Strom in die Bundesrepublik Deutschland liefern soll, zu reden. Er meinte unter anderem, daß dieendlagerung für die DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland kein Problem darstelle, da Moskau die Lösung dieser Frage der DDR abgenommen habe.

Wenn man die Vorgänge um Brokdorf verfolgt hat, ist dies energiepolitisch, sicherheitstechnisch und versorgungspolitisch nun gänzlich unverständlich, es sei denn, die Sachargumentation wird durch reine Ideologie ersetzt. Klose bekämpft die weitere Versorgung Hamburgs mit Strom aus deutschen Kernkraftwerken mit allen Mitteln und befürwortet andererseits die Energieabhängigkeit deutscher Verbraucher von roten Kernkraftwerken. Kein Wort davon, ob ein Ostblock-Kernkraftwerk mit seinem niedrigen Sicherheitsstandard bei uns überhaupt genehmigungsfähig wäre.

Eine klare Aussage des Bundeskanzlers zu diesem gefährlichen Weg ist fällig, erklärte MdB Heinz Riesenhuber, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion.

■ Kommunalwahl Hessen / Ergebnisse

	CDU		SPD		FDP		DKP		Grüne		WG	
	1981	1977	1981	1977	1981	1977	1981	1977	1981	1981	1981	1977
Gesamt	47,4	47,6	39,4	42,9	6,0	5,4	0,7	1,1	4,3	—	2,2	2,7
Kreise	CDU	SPD	FDP	DKP	Grüne	WG						
1.	Bergstraße	50,2	52,9	40,8	41,3	5,2	4,8	0,4	0,7	3,4	—	—
2.	Darmstadt-Dieburg	47,0	46,4	40,2	45,9	6,4	5,9	1,0	1,8	5,3	—	—
3.	Groß-Gerau	37,7	40,8	42,1	51,4	4,8	5,2	1,3	1,6	14,2	—	—
4.	Hochtaunuskreis	52,2	56,0	32,4	35,2	9,3	7,5	0,4	1,2	5,7	—	—
5.	Main-Kinzig-Kreis	48,6	49,4	41,1	44,0	5,8	5,0	0,8	1,3	3,7	—	—
6.	Main-Taunus-Kreis	52,2	55,7	32,3	35,6	8,9	7,0	0,6	0,9	5,6	—	—
7.	Odenwaldkreis	38,5	38,7	46,0	47,3	3,7	3,1	0,4	0,8	2,6	8,4	10,1
8.	Offenbach	50,7	52,8	36,1	39,1	6,3	5,3	0,7	1,2	6,2	—	1,4
9.	Rhein-Taunus-Kreis	51,5	50,6	36,9	41,0	7,5	5,2	—	0,6	4,1	—	2,6
10.	Wetteraukreis	47,6	47,6	41,6	45,4	6,2	5,6	0,4	0,8	4,2	—	—
11.	Gießen	43,4	43,7	39,5	45,3	5,2	4,1	0,5	0,7	4,4	7,0	6,2
12.	Lahn-Dill-Kreis	45,2	43,4	40,8	45,0	5,3	3,9	0,7	0,4	—	8,0	5,7
13.	Limburg-Weilburg	55,5	54,0	38,9	41,1	4,9	4,1	0,7	0,8	—	—	—
14.	Marburg-Biedenkopf	44,3	42,5	38,2	40,7	4,0	3,9	2,2	3,2	3,9	7,5	9,5
15.	Vogelsbergkreis	44,5	36,0	40,9	38,4	7,2	4,4	—	0,4	3,1	2,2	20,9
16.	Fulda	66,3	65,9	21,4	22,5	4,2	3,0	0,4	0,7	2,4	5,4	7,8
17.	Hersfeld-Rotenburg	42,5	43,0	47,1	48,2	4,4	3,7	0,3	0,7	3,4	2,2	4,4
18.	Kassel	37,7	37,5	49,6	56,0	6,6	5,4	0,5	1,1	5,6	—	—
19.	Schwalm-Eder-Kreis	41,0	41,2	47,3	50,8	6,7	4,8	0,4	0,8	4,6	—	2,5
20.	Waldeck-Frankenberg	41,6	41,8	35,4	39,3	9,8	8,6	0,3	0,7	4,7	7,8	9,7
21.	Werra-Meißner-Kreis	41,9	41,1	50,1	51,5	6,9	6,3	1,0	1,1	—	—	—
Kreisfreie Städte	CDU	SPD	FDP	DKP	Grüne	WG						
Darmstadt	42,6	45,6	41,4	37,7	5,2	7,0	0,8	1,4	—	10,1	8,0	0,1
Frankfurt	54,2	51,3	34,0	39,9	4,3	6,0	0,6	1,5	6,4	—	—	—
Offenbach	47,4	48,5	39,6	44,1	5,9	5,5	0,7	1,6	5,9	0,6	—	—
Wiesbaden	48,9	50,7	37,7	40,6	8,2	6,8	0,4	0,8	—	4,8	0,7	—
Kassel	41,3	42,3	45,4	48,6	6,0	6,5	0,6	1,2	6,7	—	—	0,9
Kreisstädte	CDU	SPD	FDP	DKP	Grüne	WG						
Bad Hersfeld	45,0	46,9	44,4	41,5	7,3	6,5	—	—	—	3,3	5,0	—
Bad Homburg	48,7	49,0	30,3	29,2	10,0	5,8	0,4	1,0	5,7	4,8	15,0	—
Bad Schwalbach	35,4	47,3	22,5	46,7	7,6	6,0	—	—	3,3	31,2	—	—
Erbach	32,8	31,9	34,3	35,8	—	—	—	—	3,8	29,2	32,8	—
Eschwege	47,0	46,4	44,6	46,4	8,4	7,2	—	—	—	—	—	—
Friedberg	43,8	49,7	47,1	44,6	4,8	5,0	—	—	3,5	0,8	—	5,6
Fulda	64,7	65,4	24,4	25,5	5,6	3,4	—	—	—	5,3	—	1,3
Gießen	52,5	51,2	33,7	39,4	5,9	4,4	0,8	0,8	6,8	6,8	0,4	—
Groß-Gerau	39,4	44,8	43,5	48,8	12,6	4,6	0,4	1,8	3,6	—	—	—
Hanau	45,1	46,3	44,9	47,3	5,6	4,5	0,7	1,5	3,7	—	—	—
Heppenheim	56,1	61,6	32,4	34,0	11,5	4,5	—	—	—	—	—	—
Homberg	41,8	46,4	45,3	47,8	6,8	5,8	—	—	6,1	—	—	6,2
Korbach	42,3	42,2	40,7	43,7	8,8	7,8	—	—	—	8,2	—	6,3
Lauterbach	40,8	40,4	39,1	43,7	13,0	9,6	—	—	—	7,1	—	—
Limburg	57,0	57,1	31,7	37,5	4,1	4,6	—	0,9	7,2	—	—	—
Marburg	41,7	43,0	37,2	36,9	5,3	6,3	8,1	10,3	5,9	1,8	—	3,4
Wetzlar	41,0	40,1	42,6	47,2	6,8	4,8	0,8	0,8	—	6,0	—	5,4

KOMMUNALWAHL HESSEN / ANALYSE

Die CDU ist als stärkste Kraft fest im Vertrauen der Bürger verankert

Den Erdrutschsieg der CDU bei den Kommunalwahlen von 1977 (+ 11,5 Prozent) betrachtete die SPD bis zum 21. März 1981 als „Betriebsunfall“. Am 22. März belehrten die Wähler im einstens „roten Hessen“ die Genossen eines anderen. Die CDU gewann in den kreisfreien Städten und in den kreisangehörigen Gemeinden nochmals 0,3 Prozentpunkte hinzu, bei den Kreiswahlen mußte sie lediglich 0,3 Punkte abgeben. Sie hat also ihr glänzendes Ergebnis von 1977 insgesamt wiederholt.

Die SPD mußte dagegen in den kreisfreien Städten nochmals minus 3,8, in den kreisangehörigen Gemeinden minus 2,2 und in den Landkreisen minus 3,4 Prozentpunkte abgeben — zum größten Teil an die Grünen. Die FDP konnte das vorab prognostizierte Hoch nur in geringem Umfang in Stimmengewinne umsetzen. Die 1977 äußerst schwach gewordenen Positionen verringerten sich 1981 in den kreisfreien Städten nochmals um minus 1,3, in den kreisangehörigen Gemeinden und in den Kreiswahlen verstärkte sich die FDP um plus 1, also statt der erhofften großen Gewinne eine ausgeglichene Bilanz, wobei das parlamentarische „Aus“ in Frankfurt eine der Sensationen des Wahlabends war. Die Grünen liegen landesweit mit 4,3 Punkten unter der Fünf-Prozent-Grenze,

sie hatten auch nicht in allen Landkreisen und schon gar nicht in allen Gemeinden kandidiert. Sie erreichten in den kreisfreien Städten 4,5, in den kreisangehörigen Gemeinden 1,1 und in den Kreiswahlen 4,2 Prozent. Die Grünen haben damit die Wählergemeinschaften um fast das Doppelte überrundet.

Die CDU besitzt wie bisher in zwei kreisfreien Städten (Frankfurt, Wiesbaden) die absolute Mehrheit an Mandataten und in Offenbach die relative (Koalition mit der FDP). In Darmstadt haben CDU und SPD die gleiche Sitzzahl, die CDU ist jedoch an Stimmen vorne. Lediglich in Kassel hat die SPD leider noch die relative Mehrheit, zum erstenmal verlor sie aber auch hier die absolute.

In Hessen ist die CDU eindeutig die Großstadtpartei, das beweisen auch die Ergebnisse der großen kreisangehörigen Städte wie z. B. Gießen (absolute Mehrheit der CDU).

In neun Landkreisen besitzt die CDU jetzt die absolute Mehrheit an Mandataten, in sechs die relative. Dagegen erreichte die SPD nur noch in je zwei Kreistagen (Nordhessen) und in vier weiteren die relative Mehrheit an Mandataten. Einen erneuten Wechsel der Mehrheiten zugunsten der CDU gab es in den Kreisen Lahn-Dill, Gießen und Vogelsberg.

Die Grünen waren erfolgreich in den südhessischen Großstädten. Sie sind vertreten in den Stadtverordnetenversammlungen von Darmstadt, Frankfurt und Offenbach, ebenso in einigen der Frankfurt und Darmstadt benachbarten Kreise. In Nordhessen gelang ihnen in Kassel und im Kreis Kassel der Sprung in die Kommunalparlamente.

Das gute Abschneiden der CDU hat sicherlich mit der für die Union derzeit günstigen und für die SPD ungünstigen 'Großwetterlage' zu tun. Sehr unterschiedliche Ergebnisse in einzelnen Gemeinden und Kreisen lassen jedoch darauf schließen, daß die Wähler kommunalpolitische Leistungen bzw. Fehlleistungen entsprechend zu würdigen wußten.

Herausragendes Beispiel ist Frankfurt, wo Oberbürgermeister Wallmann aus 51,3 (1977) jetzt 54,2 Prozent machte. Das trifft aber auch für Wiesbaden und Offenbach zu, wobei die CDU-Oberbürgermeister hier allerdings erst seit relativ kurzer Zeit im Amt sind.

Aber auch in vielen kleinen Gemeinden zeigte sich dieses Bild, z. B. gewann die CDU in den Städten Bruchköbel und Gelnhausen, wo sie seit der letzten Legislaturperiode Bürgermeister stellt, 9 bzw. 10 Prozentpunkte dazu.

Die CDU ging in Hessen nunmehr hintereinander aus zwei Landtagswahlen und zwei Kommunalwahlen als stärkste Kraft hervor. Lediglich in den Bundestagswahlen ist die SPD noch vorne. In einer sozialpolitisch schwierigen Landschaft hat damit die CDU den 1970 eingeleiteten parteipolitischen Umschwung stabilisiert. Auf kommunaler Ebene ist sie als Regierungspartei fest im Vertrauen der Bürger verankert, das haben diese Wahlen bewiesen.

Die SPD hat in Hessen auch eine Quittung dafür bekommen, daß sie in landpolitisch wichtigen Fragen mit zwei Zungen sprach, daß z. B. Parteitage und örtliche Kreisverbände in den Fragen Flughafenausbau und Wiederaufarbeitung gegen Ministerpräsident Börner Front machten. Offensichtlich hat die Vernachlässigung der SPD-typischen Aspekte, wie Arbeitsplatzsicherung und wirtschaftlicher Fortschritt, durch Teile der SPD-Basis die Argumente der Grünen erst legitimiert, die Stimmabwanderung aus gewissen Teilen der SPD an die Grünen forciert und gleichzeitig traditionelle SPD-Wähler frustriert.

Die Grünen profitierten vor allen von den heftigen Diskussionen um den Frankfurter Flughafen und die geplante kerntechnische Wiederaufarbeitungsanlage. Im nordhessischen Volkmarshausen, das als möglicher Standort dieser Anlage genannt wurde, erreichten sie 41, in Mörfelden-Walldorf, das durch den Flughafenausbau betroffen ist, 25, in den ebenfalls hiervon betroffenen Gemeinden Büttelborn und Kelsterbach 25 bzw. 15 Prozent der Stimmen.

In Frankfurt und Darmstadt z. B. spielten auch Straßenprojekte eine größere Rolle. Für das landesweit gute Ergebnis der Grünen, die besonders im Jugendbereich verankert sind, lassen sich auch andere Motive finden; die Wohnungsnot junger Leute in den Großstädten, Probleme des Berufseinstieges, aber auch Frustrationerscheinungen ganz allgemein, was das derzeitige Bild der Parteien und der Politik in der Bundesrepublik Deutschland ausmacht. Das Wirken der Grünen in den Kommunalparlamenten einerseits und ihr Einfluß auf die junge Generation andererseits wird sorgfältiger Beobachtung bedürfen.

■ CDU BERLIN

Die Berliner wollen den politischen Wechsel

Die Berliner CDU hat auf ihrem 65. Landesparteitag Richard von Weizsäcker als Nachfolger von Peter Lorenz zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Weizsäcker, der von Lorenz selbst vorgeschlagen wurde, erhielt 317 von 332 Stimmen. Die „Wachablösung“ entsprach genau dem Plan, der von der Berliner CDU unter Peter Lorenz festgelegt wurde, lange bevor an die jetzt bevorstehenden vorzeitigen Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin zu denken war.

Gleichzeitig verabschiedete der Landesparteitag die Wahlplattform der Berliner CDU für die Wahlen am 10. Mai, die vom Abgeordnetenhaus einstimmig beschlossen worden waren. Kernpunkte des Programms sind Sicherung der Rechtsstaatlichkeit angesichts einer stets zunehmenden Zahl von Hausbesetzungen, Aktivierung der Bürger gegenüber einer Übermacht der Bürokratie und Wahrnehmung der nationalen Aufgabe, die Berlin als Wahrzeichen des deutschen Anspruchs auf Einheit in Freiheit zukommt.

In seiner letzten Rede als Landesvorsitzender der Berliner CDU wies Lorenz auf die Notwendigkeit hin, daß sich politische Parteien veränderten Situationen anpassen. Die Bewußtseinslage der Bevölkerung in Berlin habe sich gegenüber der Zeit vor zwölf Jahren entschei-

dend verändert, die Zahl derjenigen, die noch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus aus der Erfahrung der Blockade vollzogen, gehe immer mehr zurück, und der Grundkonsens über menschliche Werte und Verhaltensweisen sei immer geringer geworden, so daß man sich fragen müsse, „ob solch eine Art pluralistischer Gesellschaft überhaupt noch regiert werden kann“.

Zum Kreislauf einer lebendigen Partei gehört nach den Worten von Lorenz auch der Mut zu personellen Veränderungen, um „zur richtigen Zeit den besten Mann oder die beste Frau auf den richtigen Platz zu stellen“. Notwendige Ablösungen aber müßten stets in einer Weise geschehen, die dem Anspruch auf Menschlichkeit genüge täten, keine Gräben aufreißen und auch dem aus einem Amt Abgelösten die Möglichkeit geben, weiter im Interesse der Partei mitzuarbeiten. Kahlschlag-Ablösungen dagegen, bei denen möglicherweise auch ungeeignete Kandidaten nur um der Mehrheitssicherung willen zum Zuge kämen, lehnte Lorenz nachdrücklich ab.

In seinem Bericht über die Tätigkeit der Fraktion betonte Eberhard Diepgen, die Bürger seien es leid, jeden Tag aus den Nachrichten zu hören, was die Sozialdemokraten aus der Stadt Berlin gemacht hätten. Der Regierende Bürgermeister Vogel verbreite zwar die These, er arbeite für Berlin, in Wirklichkeit

aber mißbrauche er unter Mißachtung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes den Apparat des Senatspresseamtes, um Parteipropaganda zu machen. Den FDP-Bürgermeister Brunner nannte Diepgen einen „Senatsbeauftragten für die Produktion von unausgegorenen Ideen“, der zum Beispiel die Verkehrsprobleme der Stadt dadurch lösen wolle, daß er neue Hauptverkehrsstraßen ablehne, den dann in den Wohnstraßen anfallenden Verkehr aber durch verkehrsberuhigte Zonen abwürgen und im übrigen noch durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Kilometer pro Stunde dazu bringen wolle, möglichst viel Abgase in die Wohngebiete zu schleusen.

Der neue Landesvorsitzende Richard von Weizsäcker betonte in seinem Grundsatzreferat, in unserer Gesellschaft sei nicht der Apparat gefragt, sondern der Mitmensch. Bürgersinn und Selbsthilfe seien wirksamer als die von den Sozialdemokraten installierte Bürokratie. Nach einer ausführlichen Würdigung der Verdienste von Peter Lorenz erklärte Richard von Weizsäcker, für seine politische Tätigkeit werde es in Zukunft keine anderen als nur Berliner Aufgaben geben, wie auch immer das Wahlergebnis ausfallen werde. Er hat sofort nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden sein Amt als Bundestags-Vizepräsident niedergelegt, um uneingeschränkt für Berliner Aufgaben zur Verfügung zu stehen.

In einer harten Auseinandersetzung mit dem SPD-Spitzenkandidaten Vogel betonte Weizsäcker, Vogel habe nicht nur ein schweres Erbe der bisherigen SPD-Politik angetreten, sondern auch selbst durch sein Verhalten gegenüber den Hausbesetzern zum Vertrauensschwund bei der Bevölkerung in das rechtsstaat-

liche Handeln des Senats beigetragen. Im übrigen habe Vogel keine Zukunftsperspektive für die Stadt. Er verkörpe vielmehr die alte SPD, deren mehrfache Wechsel in der Führungsspitze auch bisher stets erfolglos geblieben seien. Die SPD sei einst in Berlin eine große Partei gewesen, aber sie habe sich inzwischen den Staat zur Beute gemacht.

Richard von Weizsäcker warf dem Regierenden Bürgermeister Vogel vor, mit seinem Verhalten gegenüber den Hausbesetzern weiche er vor der Gewalt zurück und entmutige diejenigen, die bisher in Treue zum Recht gestanden hätten. Dagegen sei es Aufgabe des liberalen Rechtsstaates, den Schwachen zu schützen, dem Starken zu verwehren, daß er andere verdrängt, und Rücksichtslosigkeit nicht durch Nachgiebigkeit zu belohnen.

Die von Vogel praktizierte Auslegung der Verhältnismäßigkeit der Mittel, so betonte von Weizsäcker, dürfe nicht auf eine Aushöhlung des Legalitätsprinzips hinauslaufen. Der Verzicht auf die Ahndung einer begangenen Straftat wegen der Androhung weiterer Straftaten liefe auf die Aufforderung hinaus, immer weiter durch die Androhung weiterer Straftaten die Ermittlungen gegen bereits begangene Straftaten zu verhindern. Es dürfe nicht dazu kommen, daß immer höhere Kriminalität auch immer höheren Schutz genieße.

Abschließend wandte sich Weizsäcker gegen die Unterschrift eines Senatsmitgliedes gegen die USA als der stärksten Schutzmacht für Berlin, und er warnte vor der von der Sowjetunion einkalkulierten Möglichkeit, daß Berlins Sicherheit durch innere Auszehrung ausgehöhlt werden könne.

Aktionsvorschlag für alle CDU-Verbände

SPD und FDP bitten zur Kasse!

Ab 1. April kostet Benzin 7,9 Pfennig und Diesel 3,4 Pfennig pro Liter mehr. Dank der Steuererhöhung durch die SPD/FDP-Regierung. Wieder einmal werden die Autofahrer zur Kasse gebeten, weil der Finanzminister seine Löcher in der Kasse stopfen muß.

Dieser schmerzliche Griff in die Tasche der Bürger wird vielen drastisch vor Augen führen, wie SPD und FDP eine seit Jahren verharmlose Staatsverschuldung auf Kosten des kleinen Mannes verringern wollen, statt die Staatsausgaben zu beschränken.

Wenn es um das eigene Portemonnaie geht, hört für viele der Spaß auf. Nutzen wir diese Gelegenheit, den Bürger auf die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik von SPD und FDP aufmerksam zu machen.

Als Grundlage für eine bundesweite Aktion, an der sich auch Spitzenpolitiker beteiligen werden, gibt die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein „Zur-Sache“-Flugblatt heraus, das ab 27. März bei den Kreisgeschäftsstellen vorliegt.

Hier einige Anregungen für Aktionen der CDU-Verbände anlässlich der Steuererhöhungen:

① Flugblätter verteilen,

z. B. vor großen Tankstellen, bei Einkaufszentren, Großmärkten. Vor dem 1. April werden viele Autobesitzer noch einmal „billig“ tanken wollen, daher ist dort ein großer Andrang zu erwarten.

Vor Raststellen,

Parkhäusern, Parkplätzen,

z. B. vor dem Fußballstadion,

in der City.

② Gezielt Autofahrer ansprechen

beim Tanken an der Zapfsäule,

beim Schlange stehen vor der Waschanlage,

beim samstäglichen Autowaschen den Nachbarn ansprechen,

Arbeitskollegen am Arbeitsplatz,

Taxifahrer (vielleicht ist er sogar bereit, einige Flugblätter an seine Fahrgäste zu verteilen),

Fernfahrer.

③ Auch Nicht-Autofahrer (z. B. Benutzer der öffentlichen Nahverkehrsmittel) auf die Steuererhöhungen ansprechen

in Bus oder Bahn „Autofahren kann man sich bei den Steuererhöhungen für Benzin ja nicht mehr leisten“,

an der Haltestelle.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBUHR BEZAHLT

TERMINE

- 26. 3. **LV Westfalen-Lippe**
Kreisgeschäftsführertagung, Dortmund
- 27. 3. **CDU NW**
Fachkongreß „Erwachsenenbildung“, Herne
- 27./28. 3. **CDU Niedersachsen**
Landesparteitag, Osnabrück
- 27./28. 3. **KPV NW**
Hauptausschuß, Düsseldorf
- 27./29. 3. **Exil-CDU, Deutschlandpolitische Regionaltagung, Koblenz**
- 28. 3. **LV Rheinland-Pfalz, CDA**
Landestag, Kaiserslautern
- 28. 3. **LV Rheinland-Pfalz**
Frauenvereinigung, Hauptausschuß, Mainz
- 29. 3. **JU Bremen**
Ordentlicher Landestag, Bremen
- 30. 3. **EAK — Bund**
Bundesvorstand, Bonn
- 3./5. 4. **Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Bund**
Bundesseminar, Augsburg
- 4. 4. **Frauenvereinigung — Bund**
Bundesvorstand Berlin
- 5. 4. **CDU — Bund**
Bundesvorstand, Berlin
- 10. 4. **LV Westfalen-Lippe**
Landesvorstand, Dortmund
- 10. 4. **LV Berlin**
Landesvorstand und Landesausschuß, Berlin
- 11. 4. **LV Baden-Württemberg**
Landesparteiausschuß, Waldenburg
- 22. 4. **LV Bremen**
Landesvorstand
- 24./26. 4. **JU — Bund**
Klausurtagung des Bundesvorstandes, Isny
- 25. 4. **LV Braunschweig**
CDA, Landestagung, Wolfsburg
- 25. 4. **LV Hessen**
Kongreß „Main-Sanierung“, Frankfurt
- 26. 4. **JU Niedersachsen**
Frauenfachtagung, Hannover
- 27. 4. **LV Baden-Württemberg**
Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
- 27. 4. **LV Rheinland-Pfalz**
Landesvorstand, Mainz
- 27. 4. **LV Berlin**
Landesvorstand mit MdB, Berlin
- 28. 4. **LV Braunschweig**
Landesvorstand, Braunschweig
- 1./2. 5. **Frauenvereinigung — Bund**
Bundesdelegiertentag, Göttingen

Union In Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.